

07.02.2022

STELLUNGNAHME

Entwurf des Operationellen Programms des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung 2021 bis 2027 in Hessen

In Ergänzung zur Stellungnahme des Europabüros der Metropolregion FrankfurtRheinMain zum Entwurf des Operationellen Programms (OP) des EFRE 2021 bis 2027 in Hessen vom [26. März 2021](#) möchten wir mit dieser Stellungnahme unser Unverständnis über die Änderung bei den Fördervoraussetzungen für Projekte im Rahmen des spezifischen Ziels 3.1 „Förderung einer nachhaltigen, multimodalen städtischen Mobilität im Rahmen des Übergangs zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft umwelt- und klimafreundlicher urbaner Mobilität“ zum Ausdruck bringen.

In der bei der Europäischen Kommission eingereichten Version des OP müssen die Fördervorhaben verpflichtend aus den gültigen Nahverkehrsplänen abgeleitet werden. Kommunen und Teilregionen des Landes Hessens haben mit viel Engagement und Bürgerbeteiligung einen Plan für nachhaltige städtische Mobilität (SUMP) aufgestellt. Es ist zu befürchten, dass die nun strengeren Voraussetzungen die Förderfähigkeit einzelner kommunaler Vorhaben einschränken.

In einer früheren Version des OP waren die Fördervoraussetzungen noch weiter gefasst: „Die Förderung passt sich in bestehende integrierte konzeptionelle Ansätze ein (Nahverkehrspläne, Mobilitätspläne und -strategien). Die geförderten Vorhaben werden jeweils aus diesen Plänen und Strategien und, soweit vorhanden, aus nachhaltigen städtischen Mobilitätsplänen abgeleitet.“ Diese Formulierung ist aus unserer Sicht klar zu bevorzugen und sollte daher wieder aufgenommen werden.

Die vorgenommene Änderung ist auch vor dem Hintergrund, dass europäische Förderung nachhaltiger Mobilität mit dem Konzept der SUMP verbunden werden soll, nicht nachvollziehbar und enttäuscht Kommunen und Teilregionen des Landes Hessens, die einen SUMP aufgestellt haben. Sowohl mit der EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität aus dem Jahr 2020 als auch mit der Mitteilung zum neuen EU-Rahmen für städtische Mobilität von Dezember 2021 betonte die EU-Kommission explizit, dass es ein zentrales Anliegen der europäischen Verkehrspolitik vor Ort sein müsse, das Konzept des SUMP zu stärken (s. [COM 2021/811](#), Kapitel 2.2, S. 4 f.). Entsprechend kündigt die Kommission in der genannten Mitteilung an, den Zugang zu EU-Fördermitteln künftig mit der Existenz eines SUMP zu verknüpfen (vgl. ebd., S. 20), während die Erstellung eines SUMP mit dem Vorschlag für die neue Verordnung zum transeuropäischen Verkehrsnetz für Großstädte sogar verpflichtend werden könnte.

Insofern läuft die im OP für Hessen vorgenommene Änderung dieser neuen Schwerpunktsetzung der EU-Kommission direkt zuwider. Daraus würden sich widersprüchliche Signale in Sachen Mobilitätsplanung

vorseiten der EU-Kommission und in den Förderbedingungen des hessischen EFRE ergeben, die mit Blick auf Verständlichkeit und Verlässlichkeit für unsere Kommunen unbedingt vermieden werden sollten. Wer den Wandel zu nachhaltiger Mobilität vor Ort wirksam fördern möchte, muss auch die kommunale Mobilitätsplanung und Strategieentwicklung im Einklang mit der Stoßrichtung der europäischen Debatte unterstützen.

Außerdem wird die Europäische Kommission bis zum Jahresende 2022 eine Empfehlung an die Mitgliedsstaaten für einen konkreten nationalen SUMP-Unterstützungsrahmen ausarbeiten (vgl. ebd., S. 5). Darin soll nochmals der ganzheitliche, multimodale Ansatz eines SUMP und insbesondere die Einbeziehung aktiver Mobilitätsformen akzentuiert werden – Anliegen, die auch dem Land Hessen zweifelsohne eng am Herzen liegen. Entsprechend wäre es umso bedauerlicher, wenn in dieser Sache die frisch beschlossenen Förderprioritäten des Landes Hessen für die europäische Regionalförderung auffallend hinter dem Potential dieser neuen EU-Initiative zurückbleiben würden.